

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 02.09.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:48 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 16:28 Uhr

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Vertretung für: Frau Silke Arning;
bis 17:02 Uhr

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

ab 15:09 Uhr

Herr Christian Grußka - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 17:35 Uhr

Herr Martino Rossi - Vertreter des Jugendparlaments

Gäste

Herr Dietrich Dehnen - GAVIA GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Dirk Franke - FBL 65

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660

Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06

Herr Thomas Pust - RefL 0300

Frau Angela Böning - AbtL 66.0

Frau Carolin Niemann - AbtL 66.2

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

entschuldigt

Herr Jens Lüttge - SPD

entschuldigt

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Verwaltung

Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VIII

entschuldigt

Frau Katja Langer - RefL 0650

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.06.2025 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Übersicht | 25-26208 |
| 3.2 | Mobilitätsentwicklungsplan - Umsetzungsstrategie | 25-26052 |

3.3	16. Kompaktbericht Stadtbahnausbau	25-26317
3.4	Mündliche Mitteilungen	
4	Anträge	
4.1	Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße	25-26380
4.1.1	Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße	25-26380-01
5	Aufhebung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße 25	25-26125
6	Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept	24-24888-03
7	Verbesserung der Fußgänger- und Radfahrerquerung an der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz	25-26021
7.1	Verbesserung der Fußgänger- und Radfahrerquerung an der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz Änderungsantrag zur Vorlage 25-26021	25-26021-01
8	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Wendentorwall	25-25899
9	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall	25-25900
9.1	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall	25-25900-01
9.2	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall Änderungsantrag zur Vorlage 25-25900-01	25900-01-01
10	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Hennebergstraße	25-26104
11	Prinzenweg: Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung	25-26027
12	Grundsatzbeschluss zur Zukunft der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in Braunschweig	25-26269
12.1	Grundsatzbeschluss zur Zukunft der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in Braunschweig Änderungsantrag zur Vorlage 25-26269	25-26269-01
13	Anfragen	
13.1	Anfrage zur Drs. 25-26021: Anpassung der Stadtbahn-Trassierung im Zuge des Umbaus der Haltestelle Jahnplatz?	25-26379
13.1.1	Anfrage zur Drs. 25-26021: Anpassung der Stadtbahn-Trassierung im Zuge des Umbaus der Haltestelle Jahnplatz?	25-26379-01

13.2	Kriterien für die künftige Anpassung der Freigabezeiten der Lichtsignalanlagen	25-26359
13.2.1	Kriterien für die künftige Anpassung der Freigabezeiten der Lichtsignalanlagen	25-26359-01
13.3	Verkehrschaos in der Innenstadt - Wie können die Auswirkungen der Baustelle Hagenmarkt verbessert werden?	25-26377
13.3.1	Verkehrschaos in der Innenstadt - Wie können die Auswirkungen der Baustelle Hagenmarkt verbessert werden?	25-26377-01
13.4	Einrichtung von Sommerstraßen 2026	25-26378
13.4.1	Einrichtung von Sommerstraßen 2026	25-26378-01
13.5	Entsorgungsmöglichkeiten für Bau-Abfälle aus privaten Sanierungen und Renovierungen	25-26153
13.5.1	Entsorgungsmöglichkeiten für Bau-Abfälle aus privaten Sanierungen und Renovierungen	25-26153-01
13.6	Sachstand zur Ausarbeitung des Veloroutennetzes	25-26360
13.6.1	Sachstand zur Ausarbeitung des Veloroutennetzes	25-26360-01
13.7	Veröffentlichung des Prüfberichts der bestehenden Fahrradstraßen und -zonen	25-26372
13.7.1	Veröffentlichung des Prüfberichts der bestehenden Fahrradstraßen und -zonen	25-26372-01
13.8	Behelfsmäßige Ampelanlagen am Mittelweg	25-26282
13.8.1	Behelfsmäßige Ampelanlagen am Mittelweg	25-26282-01
13.9	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsfrau Arning durch Ratsfrau Bartsch vertreten, die Bürgermitglieder Schroth, Lüttge und Höltje entschuldigt fehlen und begrüßt Herrn Rossi, der als Mitglied des Jugendparlaments Braunschweig in diesen Ausschuss berufen wurde.

Als Gäste der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Curland (Braunschweiger Verkehrs-GmbH, zu TOP 3.3) und die Herren Dehnen (Geschäftsführer GAVIA GmbH) und Pust (Leiter Rechtsreferat) zu TOP 12.

Um die Wartezeit für die Gäste zu reduzieren schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die TOPs 12 und 3.3 an den Sitzungsbeginn vorzuziehen und im Anschluss an den TOP 2 zu behandeln.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.06.2025 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|--------------------|
| 12. Grundsatzbeschluss zur Zukunft der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in Braunschweig | 25-26269 |
| 12.1. Grundsatzbeschluss zur Zukunft der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in Braunschweig | 25-26269-01 |
| Änderungsantrag zur Vorlage 25-26269 | |

Stadtbaurat Leuer erläutert in seiner Einführung in die Vorlage 25-26269 die Hintergründe für die zu treffende Grundsatzentscheidung.

Herr Pust ergänzt in seiner Einführung hinsichtlich der juristischen Fragestellungen in diesem Verfahren.

Herr Dehnen trägt zu den technisch-wirtschaftlichen Aspekten des Verfahrens vor.

Für Ratsherr Köster ergeben sich Nachfragen. Einerseits werden Maßnahmen dargestellt, die nötig sind, um die Recyclingquote von 52 auf 65 Prozent zu steigern, andererseits zeige der Wirtschaftlichkeitsvergleich, dass dies im Vergleich zum Status Quo zu höheren Kosten und Gebühren führen könnte. Daraus ergeben sich für Ratsherr Köster die Fragen: Erstens, warum das Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) nicht in den Beschluss aufgenommen und mit den geplanten Maßnahmen synchronisiert wurde. Zweitens, warum die Stadt nicht offen kommuniziert, dass die vorgesehenen Änderungen (dichtere Leerungsrhythmen, zusätzlicher Wertstoffhof) zu höheren Kosten und Gebühren führen werden, auch wenn eine Ausschreibung gewisse Vorteile bringen könnte. Drittens hinterfragt er die optimistische Annahme, dass beim Thema Wertstofftonne Fortschritte erzielt werden können, wenn doch die Verhandlungen mit den dualen Systemen bisher schon bei kleinsten Mengenanteilen schwierig waren.

Herr Dehnen erläutert, dass die Vereinbarung mit den dualen Systemen über stoffgleiche Nichtverpackungen im Rahmen der Systemfeststellung verhandelt werden könne. Dies steht jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit der Entscheidung, ob die aktuellen Verträge weitergeführt werden sollen.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die gleichzeitige Erarbeitung eines neuen und von den Gremien legitimierten AWIKO zusammen mit dem Start der Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens Ende 2025/Anfang 2026 positiv zu bewerten ist. Konkrete Maßnahmen lassen sich aktuell noch nicht benennen, da viele Prüfaufträge im AWIKO - etwa zum Restabfall - noch ausstehen und deren Wirtschaftlichkeit geprüft wird. Hinsichtlich der Kosten stellt

Stadtbaurat Leuer klar, dass mehr Aktivitäten in der Abfallwirtschaft auch höhere Ausgaben zur Folge haben, ein Wettbewerbsverfahren hier aber voraussichtlich positive Effekte auf die Preise haben kann.

Aus Sicht von Bürgermitglied Dr. Wendenburg ist die aktuell noch stark genutzte Verbrennung die teuerste Form der Abfallbehandlung während Recycling und Wiederverwendung kostengünstiger seien. Die künftige Abfallwirtschaft soll daher, wie im Entwurf des AWIKO vorgesehen, stärker auf Recycling und Wiederverwendung und CO₂-neutrale Fahrzeuge setzen. Solche Maßnahmen können zwar zusätzliche Investitionen erfordern (z. B. teurere Fahrzeuge), führen aber nicht automatisch zu höheren Gesamtkosten. Angesichts neuer EU-Vorgaben zu Recyclingquoten und recyceltem Material ist es sinnvoll, die Ausschreibung jetzt auf Basis des AWIKO zu starten um ab 2031 eine moderne, effiziente Abfallwirtschaft umzusetzen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke im Hinblick auf die Kommunalwahl im Jahr 2026 erklärt Stadtbaurat Leuer, dass die Vorlage 25-26269 den Zeitrahmen für die Erarbeitung der Eckpunkte festlegt, aber noch nicht genau gesagt werden kann, zu welchem Zeitpunkt der Rat beteiligt wird. Informationen dazu wird die Verwaltung mitteilen, sobald eine verbindliche Aussage getroffen werden kann.

Herr Pust weist darauf hin, dass bei früheren Konzessionsvergabeverfahren die Beschlussfassung immer erst mit dem neuen Rat erfolgte. Für diese Ausschreibung lasse sich aktuell der genaue Ablauf noch nicht festlegen.

Ratsherr Behrens bittet um Erläuterung zur Aussage, dass im Eigenbetrieb derzeit nicht genügend personelle Ressourcen vorhanden seien, um Abfallwirtschaft und Straßenreinigung selbst zu führen.

Herr Dehnen erklärt, dass grundsätzlich Personal für einen Eigenbetrieb verfügbar wäre. Es fehlt jedoch die unternehmerische Führung, um ein neues Unternehmen mit über 200 Beschäftigten und erheblichem Jahresumsatz erfolgreich aufzubauen. Aufgrund der hohen Risiken in Gründungs- und Betriebsphase wurde daher beschlossen, die Eigenbetriebs-Variante nicht weiter zu verfolgen.

Ratsherr Behrens bringt den Änderungsantrag 25-26269-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Köster bedankt sich für die CDU-Fraktion zunächst für die frühzeitige Einbindung in die Beratungen insbesondere zum AWIKO. Trotz Bedenken in einzelnen Punkten, insbesondere im Hinblick auf die Interessen der Gebührenzahlenden und der Mitarbeitenden hebt er die Chance hervor, mit dem neuen Verfahren die Ziele des AWIKO - insbesondere zur Erhöhung der Recyclingquote - zu erreichen und gleichzeitig das bisherige erfolgreiche Betreibermodell fortzuführen. Er betont die stabile und leistungsfähige Umsetzung durch ALBA in den vergangenen 25 Jahren sowie die Gebührenstabilität als Belege für die richtige Entscheidung einer Privatisierung. Er unterstützt daher den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg, erwartet die Fortführung der bisherigen Qualität und zeigt sich optimistisch, dass eine gute Lösung sowohl im Interesse der Gebührenzahlenden als auch der Mitarbeitenden gefunden wird.

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Beschlussvorschlags und signalisiert seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Betreibermodell. Dieses habe sich seiner Ansicht nach bewährt und solle fortgeführt werden, statt eine Rekommunalisierung anzustreben. Die dargelegten Probleme resultierten aus einer 20 Jahre alten Vertragskonstruktion, nicht jedoch aus dem Modell selbst. Um die Recyclingquote für Siedlungsabfälle von 52 auf 65 Prozent zu steigern, seien u.a. organisatorische Verbesserungen (häufigere Leerungen, Gebührenanreize) und technische Investitionen (z. B. Anlagen zur Vorbehandlung von Restmüll) notwendig. Langfristig könnten stabile Gebühren jedoch nachvollziehbar nicht garantiert werden, da steigende technische Anforderungen und Preise die Kosten beeinflussen.

Ratsfrau Hahn betont, dass es sich bei der Vorlage 25-26269 zunächst um einen Grundsatzbeschluss handelt, bei dem Details künftig noch diskutiert werden. Das rechtliche Erfordernis lässt für sie keinen anderen Schluss zu, als diesen Grundsatzbeschluss zu fassen. Sie dankt der Verwaltung für die umfassende Einbindung und die durchgeführten Workshops.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst den Änderungsantrag 25-26269-01 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und lässt sodann über die Vorlage 25-26269 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 25-26269-01:

Im Beschlussvorschlag der Verwaltung wird der zweite Punkt wie folgt geändert.

1. Der Rat der Stadt spricht sich dafür aus, die zwischen der Stadt Braunschweig und der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) geschlossenen Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zum Ablauf des 31. Dezember 2030 ordentlich zu kündigen.
2. Zur Vorbereitung einer Nachfolgeregelung ab dem 1. Januar 2031 wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Abfallwirtschaft im Eigenbetrieb führen zu können.
3. Die abschließende Entscheidung in dem Verfahren ist dem Rat möglichst bis Mitte des Jahres 2028 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 25-26269-01 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 1 dagegen: 10 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 25-26269:

1. Der Rat der Stadt spricht sich dafür aus, die zwischen der Stadt Braunschweig und der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) geschlossenen Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zum Ablauf des 31. Dezember 2030 ordentlich zu kündigen.
2. Zur Vorbereitung einer Nachfolgeregelung ab dem 1. Januar 2031 wird die Verwaltung beauftragt, ein europaweites wettbewerbliches Verfahren zu konzipieren und durchzuführen, dessen Ziel die Beauftragung eines privaten Unternehmens im Rahmen eines sog. Betreibermodells ist.

Vor Einleitung eines Vergabeverfahrens sind die Vergabebekanntmachung sowie die wesentlichen Festlegungen für die zu vergebenden Leistungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die abschließende Entscheidung in dem Verfahren ist dem Rat möglichst bis Mitte des Jahres 2028 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 25-26269 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.3. 16. Kompaktbericht Stadtbahnausbau

25-26317

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-26317.

Ratsherr Köster bezieht sich auf eine NST-Mitteilung über GVFG-Mittel, darunter eine hohe Summe für den Stadtbahnausbau in Braunschweig. Er fragt, ob diese Summe bereits fest zugesagt ist oder erst reserviert wurde und eine Einzelprüfung noch aussteht.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass ein kontinuierlicher Austausch zwischen Stadt, Braunschweiger Verkehrs-GmbH und dem Fördermittelgeber besteht. Konkrete Ergebnisse für das Projekt Volkmarmode seien noch unklar, die Pläne und zeitlichen Abläufe aber dem Fördergeber bekannt.

Ratsherr Dr. Plinke äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass bei einigen Teilprojekten - insbesondere der westlichen Innenstadtumfahrung und der Stadtbahnverlängerung nach Lehdorf - aktuell kein Fortschritt festzustellen ist. Er wünscht sich, dass zumindest erste Festlegungen wie etwa Korridore geprüft werden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26317 wird zur Kenntnis genommen.

3.1. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Übersicht	25-26208
13.7. Veröffentlichung des Prüfberichts der bestehenden Fahrradstraßen und -zonen	25-26372
13.7.1. Veröffentlichung des Prüfberichts der bestehenden Fahrradstraßen und -zonen	25-26372-01

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth kündigt an, dass die Mitteilung 25-26208 aufgrund des sachlichen Zusammenhangs zusammen mit der Anfrage 25-26372 und der Stellungnahme 25-26372-01 (TOP 13.7) behandelt wird.

Ratsherr Dr. Plinke kritisiert, dass das Thema Durchgangsverkehr in der Mitteilung 25-26208 keine Berücksichtigung gefunden habe. Für die Sicherheit und Attraktivität von Fahrradstraßen sei es für ihn nicht nur wichtig, dass Geometrie und Querschnitt passen, sondern auch, dass Radfahrende keinem starken Durchgangsverkehr ausgesetzt werden.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt zu den Handlungsoptionen (Punkt 3.1), ob sich die dort erwähnte Verkehrsbelastung auf die Belastung durch Kraftfahrzeuge auf Fahrradstraßen oder die Belastung durch Radverkehr bezieht. Außerdem interessiert ihn, wie sich die Verkehrsbelastung auf die Gestaltung der Fahrradstraßen auswirkt, da die Bedeutung der Fahrradstraße im Netz bereits berücksichtigt wird und auf stark frequentierten Straßen vermutlich mehr Radfahrende verkehren.

Stadtbaurat Leuer führt aus, dass die Verkehrsbelastung (sowohl Kfz- als auch Radverkehr) beim Qualitätsstandard für Fahrradstraßen eine zentrale Rolle spielt und beeinflusst, wie Fahrradstraßen gestaltet werden können. Engere Räume sind akzeptabel bei geringer Verkehrsdichte, während stark belastete Straßen besondere Lösungen erfordern. Die Verwaltung hat dies farblich differenziert in der Anlage zur Mitteilung 25-26208 dargestellt. Ziel ist es, das Thema kontinuierlich weiter zu bearbeiten und konkrete Vorschläge für einzelne Straßen direkt umzusetzen.

Aus Sicht von Ratsherr Behrens bietet die Mitteilung zwar eine übersichtliche Arbeitsgrundlage, bleibt bei der konkreten Terminierung jedoch vage, was die Planung für Kommunalpolitik und Verbände erschwert. Er kritisiert weiterhin, dass der Aspekt des Durchgangsverkehrs von der Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt wird. Er bezieht sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover aus dem Jahr 2022, wonach der Durchgangsverkehr in Fahrradstraßen wirksam unterbunden werden muss, während in Braunschweig eine autofreundliche Ausgestaltung der Regelfall sei. Er fordert daher eine klare Beschränkung auf Anwohnerverkehr sowie die Umsetzung baulicher Maßnahmen (z. B. Poller).

Stadtbaurat Leuer betont, dass bei Fahrradstraßen stets eine Einzelfallbetrachtung notwendig ist. Zwar gibt es Richtwerte für zulässigen Verkehr, dieser müsse aber jeweils im Zusammenhang mit Faktoren wie der Straßenbreite geprüft werden. Ziel der Verwaltung ist es, Fahrradstraßen so zu gestalten, dass sie gut funktionieren und sicheres Radfahren ermöglichen. Eine pauschale Forderung nach vollständigem Ausschluss von Kfz-Verkehr würde hingegen die Zahl möglicher Fahrradstraßen einschränken. Die Verwaltung wird alle Vorschläge diesem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

Ratsfrau Jalyschko unterstützt grundsätzlich die Beschränkung von Durchgangsverkehr, betont jedoch, dass dies bei der aktuellen Problematik der unzureichenden Straßenbreiten nicht entscheidend sei. Das Hauptthema sei vielmehr, wie unterschiedliche Nutzungsansprüche im Straßenraum abgebildet oder reduziert werden können. Die Verwaltung habe dazu sinnvolle Handlungsoptionen vorgestellt, die in vielen Fällen eine Einzelabwägung erfordern. Positiv bewertet sie die grobe Kategorisierung der noch nicht optimierten Fahrradstraßen, wünscht sich aber zusätzlich ein konkreteres Arbeits- bzw. Handlungsprogramm mit Zeithorizont. Als fehlenden Aspekt hebt sie die Prüfung von Einbahnstraßenregelungen hervor, die durch die Vermeidung von Begegnungsverkehren eine platzsparende Lösung darstellen könnte.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass eine Einbahnstraßenregelung in Fahrradstraßen meist wenig bringt, da der Radverkehr weiterhin in beide Richtungen verläuft und somit Begegnungen mit Kraftfahrzeugen weiterhin auftreten. Zwar seien Begegnungen zwischen Auto und Rad einfacher als zwischen zwei Autos, doch das Platzproblem bleibe bestehen. Entscheidend bleibt für Stadtbaurat Leuer vor allem die Gesamtverkehrsmenge.

Ratsherr Kühn sieht die Mitteilung als gute Arbeitsgrundlage, um Bedarf, Prioritäten und Potenziale zu erkennen. Einen festen Zeitplan hält er nicht für notwendig, da die Umsetzung von Kapazitäten der Verwaltung abhängig ist. Positiv hebt Ratsherr Kühn hervor, dass der Stadtkern gut vernetzt ist, während im südlichen Bereich allerdings Lücken bestehen, die perspektivisch geschlossen werden könnten. Gleichzeitig müsse aus Sicht von Ratsherr Kühn Anliegerverkehr weiterhin ermöglicht werden, während Durchgangsverkehre sich nicht überall vollständig vermeiden ließen.

Stadtbaurat Leuer betont die Bedeutung des Netzgedankens für Fahrradstraßen. Zur Lücke im südlichen Bereich erinnert er an die Diskussion zur Veloroute Wallring und die vorgetragene Kritik (fehlende Beleuchtung, soziale Sicherheit) an einer provisorisch angedachten Führung durch einen Teil des Bürgerparks. Im Zusammenhang mit der südlichen Innenstadtstrecke müsse eine gute Fahrrادلösung gefunden werden, wobei noch unklar ist, ob diese über eine Fahrradstraße oder die Wallringroute erfolgt.

Ratsfrau Kluth betont, dass Fahrradstraßen in erster Linie sichere Infrastruktur für Radfahrende darstellen und auch Vorteile für zu Fuß gehende bieten, da sie eine geringere Trennwirkung als Kfz-Straßen haben. Ein gut ausgebautes Netz stärke die aktive Mobilität generationenübergreifend. Der Fokus sollte primär auf der Sicherheit für Rad- und Fußverkehr liegen und nicht auf der Organisation des ruhenden Verkehrs.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26208 wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis zu Anfrage 25-26372:

Die Stellungnahme 25-26372-01 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Mobilitätsentwicklungsplan - Umsetzungsstrategie

25-26052

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-26052.

Bürgermitglied Dr. Schröter verweist zur Maßnahme RS5 auf die bereits in der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) bestehende Vorgabe, größere Parkplätze mit Solaranlagen zu überdachen. Daher müsse der Ausbau von PV-Anlagen auf neuen Parkplätzen schon sofort beginnen.

Stadtbaurat Leuer bestätigt die Einhaltung der NBauO, dennoch wird die Maßnahme für PV auf Verkehrsflächen eher als Zukunftsthema betrachtet und ist aufgrund begrenzter Personalressourcen nicht priorisiert.

Ratsherr Behrens begrüßt die vorliegende Planungsgrundlage und die Perspektive auf Quartiersgaragen, die nicht nur auf die Innenstadt beschränkt bleiben sollen. Er erwartet, dass Quartiersgaragen von der Verwaltung Quartier für Quartier geprüft, gebaut und betrieben werden, um einer Verschärfung der bereits bestehenden Interessenkonflikte zwischen motorisierten und nicht-motorisierten Anwohnenden entgegenzuwirken. Die lange Planungsdauer von zwei Jahren für das Parkraummanagement wird von Ratsherr Behrens kritisch hinterfragt.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass Quartiersgaragen besonders in Neubaugebieten Priorität haben und in Bebauungsplänen Berücksichtigung finden. Bestandsgebiete werden ebenfalls im Masterplan geprüft. Allerdings ist der Platz in dicht bebauten Bereichen oft begrenzt. Die für die Erstellung des Masterplans vorgesehene Dauer von zwei Jahren begründet Stadtbaurat Leuer mit der großen Zahl der einzeln zu analysierenden Quartiere einschließlich der Bewertung der Auswirkungen auf die Nachbarquartiere.

Ratsherr Dr. Plinke vermisst die Rückkopplung zwischen dem globalen Klimaschutzziel im Verkehrssektor und der Abfolge der Maßnahmen, um flexibel auf neue Erfordernisse reagieren zu können. Außerdem fehle in der Darstellung die Berücksichtigung von Reglementierungsmöglichkeiten des ruhenden Verkehrs, insbesondere Parkgebühren, die im beschlossenen Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) nur vage behandelt wurden.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass Parkgebühren Teil der Parkraumbewirtschaftung sind, aber nicht als eigenes Thema behandelt werden. Die Klimaschutz-Evaluation ist im MEP vorgesehen. Neben Kompaktberichten in kürzeren Abständen erfolgt alle fünf Jahre eine umfassende Evaluation, bei der auch die Treibhausgasreduktion und die erzielten Effekte bewertet werden; ggf. unterstützt durch Modellrechnungen.

Ratsherr Kühn weist zunächst auf einen redaktionellen Fehler in der Rubrik Umsetzungsstrategie | Radverkehr hin. Hier heißt es unter R9 „Analyse und Ausbau von bestehenden Hindernissen im Radverkehrsnetz“. Es müsse korrekt „Abbau“ heißen. Darüber hinaus bittet Ratsherr Kühn um Überprüfung der zu den Radschnellwegen genannten Zeitrahmen und den bekannten Förderfristen um sicherzustellen, dass die Fördermittel nicht gefährdet werden. Außerdem bleibt die Verbesserung des Radverkehrs an Knotenpunkten für Ratsherr Kühn eine fortlaufende Aufgabe, da Linksabbiegen oft mehrere Ampelphasen erfordere und zu Fehlverhalten verleitet.

Aus Sicht von Stadtbaurat Leuer ist der zu den Radschnellwegen angegebene Zeitrahmen realistisch. Ein Baubeginn sei vor 2027 nicht zu erwarten und die Zeitplanung bis 2030 einschließlich Abrechnungszeiten zutreffend, sodass hier keine Korrektur nötig sei. Zur Verbesserung des Radverkehrs an Knotenpunkten stimmt Stadtbaurat Leuer Ratsherr Kühn zu, dass die Aufgabe nicht als abgeschlossen gelten kann. Es müsse zeitnah ein Plan erstellt werden, da Knotenpunkte weiterhin optimierungsbedürftig sind.

Herr Rossi merkt zu Punkt R1 an, dass der Ausbau des Radverkehrsnetzes länger dauern wird, als ursprünglich geplant. Im Ziel- und Maßnahmenkatalog von 2020 war beschlossen worden, die Routen bis 2030 fertigzustellen. Er erkennt zwar die Umsetzungsschwierigkeiten der Verwaltung an, hinterfragt aber, ob der aktuelle Zeitplan ausreicht, um die im MEP gesetzten Ziele, den Radverkehr deutlich zu intensivieren und den motorisierten Verkehr zu reduzieren, tatsächlich zu erreichen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass der Ausbau des Radverkehrsnetzes durch u.a. sich ändernder Standards eine Daueraufgabe bleibt, ein endgültiger Abschluss daher kaum möglich sein wird. Der Ziele- und Maßnahmenkatalog stimmt weitgehend mit dem MEP überein. Die Verwaltung arbeitet daran, die Vorgaben zu erreichen, stößt jedoch auf praktische Grenzen, wenn z. B. der Straßenraum nicht die erforderlichen Breiten aufweist.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26052 wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Die Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung von 15:55 Uhr bis 16:02 Uhr für eine Sitzungspause.

3.4. Mündliche Mitteilungen

3.4.1

Stadtbaurat Leuer kündigt eine nichtöffentliche Sondersitzung dieses Ausschusses am 4. November 2025, 13.15 Uhr, zur Beschlussfassung über Auftragsvergaben an.

3.4.2

Stadtbaurat Leuer informiert über die Anpassung des Gebührenkatalogs für Ausnahme genehmigungen nach der Straßenverkehrsordnung (StVO). Für eine Ausnahmegenehmigung zur Nutzung von E-Ladesäulen mit Kraftfahrzeugen ohne E-Kennzeichen wird von der Verwaltung künftig eine deutlich geringere Gebühr in Höhe von 30,70 Euro erhoben.

4. Anträge

4.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße

25-26380

4.1.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße

25-26380-01

Ratsfrau Bartsch bringt den Antrag 25-26380 für die Fraktion BIBS ein.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Stellungnahme 25-26380-01.

Ratsherr Dr. Plinke vollzieht den Wunsch, den Bahnübergang schneller wieder in Betrieb zu nehmen, grundsätzlich nach. Er sieht eine mobile Schrankenanlage allerdings als ungeeignet an, da nur eine stabile Anlage ausreichend Sicherheit für Zufußgehende und Radfahrende gewährleisten kann. Bei der Abstimmung über den Antrag werde er sich daher enthalten.

Herr Rossi erklärt, dass der Bahnübergang für Jugendliche eine wichtige Verbindung darstellt. Angesichts zu erwartender längerer Schließzeiten durch eine Zunahme des Bahnverkehrs erscheint ihm eine Entscheidung für eine Unterführung langfristig sinnvoller, kosteneffizienter und sicherer. Aus Sicht der Jugendlichen wirke sich der Ratsbeschluss gegen die Unterführung daher nachteilig aus.

Ratsfrau Bartsch regt an, einen Vertreter der DB InfraGO AG in diesen Ausschuss einzuladen, damit dieser direkt die Zeitplanung für den Bahnübergang vorstellen und erläutern kann.

Stadtbaurat Leuer verweist auf die eindeutige Positionierung des Eisenbahnbundesamtes in dieser Angelegenheit. Er hält es zudem für sehr unwahrscheinlich, dass die DB InfraGO AG für einen Vortrag in diesem Ausschuss zur Verfügung steht.

Ratsfrau Hahn fragt Ratsfrau Bartsch, ob der Antrag 25-26380 aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung obsolet ist und von der Fraktion BIBS zurückgezogen wird.

Ratsfrau Bartsch wird das Zurückziehen des Antrags 25-26380 auch für den weiteren Gremienlauf zunächst fraktionsintern klären.

Ratsherr Köster stellt den Antrag auf passieren lassen, um der Fraktion BIBS eine Klärung bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu ermöglichen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag auf passieren lassen des Antrags 25-26380 abstimmen.

Die Stadt Braunschweig wird gebeten, beim Eisenbahnbundesamt (EBA) die zeitliche Verkürzung der geplanten Schließung des Bahnübergangs Grünewaldstraße zu erwirken. Nach den notwendigen Umbaumaßnahmen sollte der Übergang umgehend wieder zur Querung freigegeben werden. Bis zur Fertigstellung der digitalen Schrankensteuerung ist die Sicherung des Bahnübergangs über eine mobile Schrankenanlage zu ermöglichen.

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Die Stellungnahme 25-26380-01 wird zur Kenntnis genommen.

25-26125

Der Aufhebung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 25 zwischen Veltenhof und Wenden wird zugestimmt. Sie erfolgt zum 1. Januar 2026, ist zu verfügen und zeitnah öffentlich bekannt zu machen.

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

24-24888-03

Die Vorlage 24-24888-03 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

~~Die Verwaltung wird beauftragt, nach Fertigstellung des Haltepunkts Bienrode die Variante 1 umzusetzen.~~

25-26021

25-26021-01

25-26379

25-26379-01

Herr Wiegel führt in die Vorlage 25-26021 ein.

Ratsherr Behrens bringt den Änderungsantrag 25-26021-01 ein und begründet diesen.

Herr Wiegel erklärt, dass die Wolfenbütteler Straße eine sehr hohe Verkehrsbelastung von etwa 20.000 Fahrzeugen je Fahrtrichtung aufweist. Eine Reduzierung auf nur eine Fahrspur je Fahrtrichtung ist daher nicht möglich. Auch in Zukunft wird sich daran voraussichtlich nichts ändern, da der Mobilitätsentwicklungsplan weiterhin von 16.000 bis 17.000 Fahrzeugen je Richtung ausgeht.

Nach Beobachtung von Ratsherr Wirtz wird die Abbiegespur in die Eisenbütteler Straße stark genutzt und ist bei einem Verkehrsaufkommen von aktuell rund 20.000 unverzichtbar. Auch künftig werde die Abbiegespur bei einem prognostizierten Verkehrsaufkommen von mindestens 16.000 Fahrzeugen nach seiner Ansicht dringend benötigt, da das Abbiegen andernfalls zu verkehrlichen Problemen führen kann.

Herr Wiegel erklärt, dass der Entfall der Abbiegespur in die Eisenbütteler Straße geprüft wurde. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Verkehrssituation vor dem Hintergrund der bestehenden Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h im innerstädtischen Bereich üblich und unproblematisch ist.

Ratsherr Dr. Plinke begrüßt die vorgestellte Planung der Stadtbahnhaltestelle. Für die Ausführungsplanung regt er jedoch an, die Situation für Radfahrende beim Linksabbiegen über die Querung etwa durch geeignete Markierungen zu entschärfen, um Konflikte mit rechtebühenden Kraftfahrzeugen zu vermeiden.

Herr Wiegel sagt eine Prüfung des Hinweises zu.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 16:28 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Behrens erklärt Herr Wiegel, dass die relevanten Verkehrszahlen bereits öffentlich im MEP-Zielszenario und in der Verkehrsmengenkarte verfügbar sind. Eine weitere Prüfung erachtet er deshalb zumindest für die nächsten 15 - 20 Jahre als nicht erforderlich.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst den Änderungsantrag 25-26021-01 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass der Änderungsantrag abgelehnt wird und lässt sodann über die Vorlage 25-26021 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 25-26021-01:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um den folgenden zweiten Punkt ergänzt:

1. Der Planung und der Realisierung zur Verbesserung der Querung an der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die perspektivische Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens auf der stadteinwärts führenden Fahrbahn der Wolfenbütteler Straße zu prüfen. Zu diesem Zweck wird sie beauftragt zu untersuchen, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen begleitenden Maßnahmen der motorisierte Individualverkehr stadteinwärts einspurig geführt werden kann.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 25-26021-01:

dafür: 1 dagegen: 10 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 25-26021:

„Der Planung und der Realisierung zur Verbesserung der Querung an der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 25-26021:

dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 1

Ergebnis zu Stellungnahme 25-26379-01:

Die Stellungnahme 25-26379-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Wendentorwall	25-25899
9.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall	25-25900
9.1.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall	25-25900-01
9.2.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Fallersleber-Tor-Wall	25900-01-01
	Änderungsantrag zur Vorlage 25-25900-01	
10.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Hennebergstraße	25-26104

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth kündigt an, die Vorlage 25-25899, die Vorlage 25-25900 mit der Ergänzungsvorlage 25-25900-01 sowie dem Änderungsantrag 25900-01-01 und die Vorlage 25-26104 aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten zu lassen und getrennt zur Abstimmung zu stellen.

Herr Wiegel führt in die Vorlagen 25-25899, 25-25900 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-25900-01 und die Vorlage 25-26104 ein.

Ratsfrau Kluth begrüßt die geplante Verbreiterung der Gehwege, bezweifelt jedoch, ob eine reine Markierung ausreicht. Sie fragt, wie die Breite der Gehwege effektiv gesichert, kontrolliert und bei Bedarf nachgebessert werden soll.

Herr Wiegel erläutert, dass die Parkstände unverändert bleiben, Markierungen wie Sicherheitstrennstreifen nur ergänzt werden. Daher erwartet die Verwaltung nicht, dass Fahrzeuge weiter in den Gehwegbereich fahren. Zudem sei an den meisten Stellen die Abgrenzung der Parkflächen eindeutig erkennbar. Die Verwaltung werde daher zunächst auf bauliche Maßnahmen wie Poller verzichten und ggf. bei Problemen tätig werden.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn informiert Herr Wiegel, dass eine Erneuerung der Gehwege nicht vorgesehen ist.

Ratsherr Dr. Plinke teilt die bereits vorgetragenen Bedenken zur Beparkung der Gehwege. Er fragt, wann die angekündigte Beschilderung zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs angebracht wird.

Herr Wiegel erklärt, dass die Markierungen und Beschilderungen erst nach Beschluss durch dieses Gremium von der Verwaltung beauftragt und anschließend durch das Dienstleistungsunternehmen umgesetzt werden.

Ratsherr Behrens bringt den Änderungsantrag 25900-01-01 ein und begründet diesen. Auf der Straße Fallersleber Tor Wall vermisst er zudem die regelmäßige Wiederholung der Piktogramme.

Grundsätzlich teilt Ratsherr Behrens die bereits vorgetragenen Bedenken zur Beparkung der Gehwege. Zur Straße Wendentorwall (25-25899) weist Ratsherr Behrens auf ein entsprechend der Qualitätsstandards fehlendes Piktogramm hin. Außerdem gebe es in der Straße Wendentorwall keine Fahrradstände, weshalb er hier überdachte Fahrradstände anregt. Zur Hennebergstraße kündigt er trotz der aus seiner Sicht fehlenden Beschilderung „Anlieger frei“ seine Zustimmung zur Vorlage 25-26104 an, da für ihn hierdurch kein Nachteil zu erwarten ist.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg regt auf Grundlage des Beschlusses des Stadtbezirksrats 130 (Änderungsantrag 25-26351) an, dass die Verwaltung nach Abschluss der Baumaßnahmen Hagenmarkt und Querung Wendentorwall/Am Wendentor weitere Maßnahmen zur Verringerung von Durchgangsverkehr prüft, wie z. B. die Anwendung von Modalfiltern - entsprechend der Maßnahme 6.1 des Ziele- und Maßnahmenkatalogs „Radverkehr in Braunschweig“ - geplant und umgesetzt werden könnten.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, dass die Strecke Wendentorwall - Fallersleber Tor Wall seit Jahren von Durchgangsverkehren als Schleichweg genutzt wird, was sich für Anwohnende und Radfahrende als störend darstellt. Eine Beschilderung allein ist nach Erfahrung des Stadtbezirksrats 130 nicht ausreichend, da diese oft ignoriert wird und nur schwer zu kontrollieren ist. Effektivere Maßnahmen wie Modalfilter werden befürwortet, sollten aber erst nach Abschluss der genannten Baumaßnahmen umgesetzt werden. Die Anregung von Bürgermitglied Dr. Wendenburg wird insofern von Ratsfrau Jalyschko unterstützt.

Ratsherr Kühn greift die Anregung Bürgermitglied Dr. Wendenburg auf und formuliert auf dieser Grundlage für die SPD-Fraktionen einen mündlichen Änderungsantrag.

Ratsfrau Jalyschko bestätigt auf Nachfrage von Herrn Wiegel, dass die Anordnung des Verkehrszeichens 214 (Fahrtrichtung geradeaus oder rechts) in der Straße Am Wendentor unabhängig vom Abschluss der dortigen Baumaßnahme angeordnet werden kann.

Nach der gemeinsamen Behandlung der Beratungspunkte stellt die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth diese getrennt zur Abstimmung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst die Vorlage 25-25899 zur Abstimmung.

Hiernach stellt die Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag 25900-01-01 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und stellt sodann den mündlichen Änderungsantrag zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser angenommen wird und lässt über die Vorlage 25-25900 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-25900-01 ergänzt um den beschlossenen mündlichen Änderungsantrag abstimmen.

Abschließend stellt die Ausschussvorsitzende die Vorlage 25-26104 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlage 25-25899:

„Der Markierung und Beschilderung der Fahrradstraßen/-zonen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 25-25899:

dafür: 8 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Änderungsantrag 25900-01-01:

Zusätzlich zu den Markierungen und der Beschilderung der Fahrradstraßen/-zonen gemäß Anlage 1 der Verwaltungsvorlage wird die Verwaltung beauftragt, entsprechend dem Qualitätsstandard für Fahrradstraßen an geeigneter Stelle mindestens einen Modalfilter zur Vermeidung von Durchgangsverkehr auf dem Wendentorwall und dem Fallersleber-Tor-Wall umzusetzen.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 25900-01-01:

dafür: 1 dagegen: 8 Enthaltungen: 1

Mündlicher Änderungsantrag von Ratsherr Kühn zu Ergänzungsvorlage 25-25900-01:

(Satz 1 unverändert)

Der Markierung und Beschilderung der Fahrradstraßen/-zonen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

(Satz 2 wie folgt)

Nach Abschluss der Arbeiten am Hagenmarkt sowie der Querung Wendentorwall/Am Wendentor wird die Verwaltung weiterführende Maßnahmen zur Verringerung von Durchgangsverkehren prüfen, wie z. B. die Anwendung von Modalfiltern - entsprechend der Maßnahme 6.1 des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" - geplant und umgesetzt werden könnten.

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Änderungsantrag von Ratsherr Kühn:

dafür: 8 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 25-25900-01 (geändert, ergänzt um den beschlossenen mündlichen Änderungsantrag):

„Der Markierung und Beschilderung der Fahrradstraßen/-zonen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Nach Abschluss der Arbeiten am Hagenmarkt sowie der Querung Wendentorwall/Am Wendentor wird die Verwaltung weiterführende Maßnahmen zur Verringerung von Durchgangsverkehr prüfen, wie z. B. die Anwendung von Modalfiltern - entsprechend der Maßnahme 6.1 des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" - geplant und umgesetzt werden könnten."

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 25-25900-01 (geändert, ergänzt um den beschlossenen mündlichen Änderungsantrag):

dafür: 8 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 25-26104:

„Der Markierung und Beschilderung der Fahrradstraße „Hennebergstraße“ gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 25-26104:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

11. Prinzenweg: Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung

25-26027

Beschluss:

Der Prinzenweg wird für den Kfz-Verkehr als Einbahnstraße ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Anfragen

13.2. Kriterien für die künftige Anpassung der Freigabezeiten der Lichtsignalanlagen

25-26359

13.2.1. Kriterien für die künftige Anpassung der Freigabezeiten der Lichtsignalanlagen

25-26359-01

Ratsherr Dr. Plinke schlägt vor, einen Workshop für Mitglieder dieses Ausschusses zu organisieren, um das komplexe Thema LSA-Steuerung verständlich zu erklären. Ziel ist, die Methodik, Prioritäten und Auswirkungen von priorisierten Stadtbahnen und Bussen zu erläutern.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass ein Workshop zur LSA-Steuerung technisch sehr komplex wäre. Ein Workshop, vergleichbar dem zum Abfallwirtschaftskonzept, sei aus seiner Sicht daher eher schwierig.

Ratsfrau Lerche empfiehlt einen Ortstermin bei der Bellis GmbH, wo LSA-Steuerung und Abläufe anschaulich erklärt und die komplexen Steuerungen bildlich und praxisnah vermittelt werden können.

Stadtbaurat Leuer sagt die Abstimmung eines Termins mit der Bellis GmbH zu.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26359-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.3. Verkehrschaos in der Innenstadt - Wie können die Auswirkungen der Baustelle Hagenmarkt verbessert werden? 25-26377

13.3.1. Verkehrschaos in der Innenstadt - Wie können die Auswirkungen der Baustelle Hagenmarkt verbessert werden? 25-26377-01

Ratsherr Köster erklärt, die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme 25-26377-01 zwar eine klare Struktur betont, aber gleichzeitig Verbesserungen eingeräumt, die auf Hinweise von Betroffenen zurückgehen. Trotz der erfolgten Maßnahmen bestehen aus seiner Sicht weiterhin Probleme, insbesondere bei Erreichbarkeit und Zuständigkeit. Er bittet die Verwaltung um bessere direkte Ansprechbarkeit vor Ort, bessere Kommunikation und zeitgerechte Information über die vor Ort vorgesehenen Maßnahmen.

Stadtbaurat Leuer erwidert, dass die Baustelle klar strukturiert sei und insgesamt gut funktioniere, auch wenn für Anwohnende, Radfahrende und Zufußgehende Einschränkungen bestehen. Die für die Betroffenen bestehenden Einschränkungen werden von der Verwaltung ernst genommen. Auf Wünsche von Betroffenen geht die Verwaltung nach Möglichkeit ein, um die Situation zu verbessern. Von einem „Verkehrschaos“ könne man aus Sicht von Stadtbaurat Leuer jedoch nicht sprechen, vielmehr gebe es anfängliche Eingewöhnungsphasen und Optimierungsbedarf an einzelnen Stellen bei dieser sehr komplexen Baumaßnahme. Der Einsatz der Verantwortlichen vor Ort solle wertgeschätzt werden. Auf der Informationsveranstaltung wurden die Ansprechpersonen vorgestellt, die bei Fragen kontaktiert werden können. Auch wenn diese nicht immer vor Ort sein können, sind die Telefonnummern und E-Mail-Adressen bekannt. Ein Vor-Ort-Termin kann bei Bedarf vereinbart werden.

Herr Wiegel berichtet auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos zur Barrierefreiheit an der Casparistraße im Bereich der Matthiesen Passage, dass die vorhandenen Querungen wieder freinutzbar sind. Derartige Anpassungen werden unkompliziert umgesetzt, sobald die Verwaltung Kenntnis hierüber erhält und soweit es der Bauablauf zulässt.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26377-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.4. Einrichtung von Sommerstraßen 2026 25-26378

13.4.1. Einrichtung von Sommerstraßen 2026 25-26378-01

Nach Auffassung von Ratsherr Behrens wurde die Anfrage von der Verwaltung mit der Stellungnahme 25-26377-01 nicht beantwortet. Wichtige Fragen zur Veröffentlichung der Masterarbeit, zur Eignung von Sommerstraßen für quartiersweise Verkehrsberuhigung und zu personellen sowie finanziellen Kapazitäten für 2026 blieben weitgehend unbeantwortet. Dies sieht er als problematisch an, da dadurch Planungssicherheit fehlt und private Initiativen unnötig belastet werden. Ratsherr Behrens fordert die Verwaltung auf, künftig sorgfältigere inhaltlich unterstützende Antworten zu geben, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Initiativen für die Sommerstraßen zu ermöglichen.

Stadtbaurat Leuer betont den Unterschied zwischen Straßenfest und Sommerstraße. Straßenfeste können mit einer Sondernutzungserlaubnis durchgeführt werden, während Sommerstraßen mehrere Wochen laufen und ein eigenes Konzept sowie Programm erfordern. Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen kann die Verwaltung keine Sommerstraßen selbst organisieren. Ohne ein tragfähiges Konzept und aktive Beteiligung vor Ort sei eine dauerhafte Sommerstraße nicht realistisch, weshalb die Verwaltung das Thema derzeit nicht weiterverfolgt.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth erklärt Stadtbaurat Leuer, dass die Verfasserin der Masterarbeit diese eigenverantwortlich veröffentlichen kann.

Ratsfrau Jalyschko bittet die Verwaltung um eine Kontaktvermittlung zwischen der Verfasserin der Masterarbeit und den Mitgliedern dieses Ausschusses. Aus ihrer Sicht entspricht das Anliegen der Initiative eher einem temporären Verkehrsversuch, wie er zuvor von der Verwaltung im Magniviertel umgesetzt wurde. Sie fragt, ob die Verwaltung in einem ähnlichen Modell eine aktivere Rolle übernehmen könne.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass sich der Magnikirchplatz als Quartierszentrum mit Geschäften und Gastronomie stark von Wohnstraßen unterscheidet. Der Verkehrsversuch konnte von der Verwaltung nur mit intensiver Informationsarbeit erfolgreich umgesetzt werden. In Wohnstraßen hingegen sind solche Projekte nur als selbstorganisierte Straßenfeste denkbar. Die Verwaltung kann hierfür jedoch keine dauerhafte Organisation übernehmen, da dies personell nicht leistbar ist.

Herr Rossi erklärt, dass die Initiative für die Sommerstraße sich keine von der Verwaltung organisierten Programme, sondern lediglich eine temporäre Verkehrsberuhigung während der Sommerferien wünscht. Benötigt werden hierzu Straßensperrungen und Sitzmöbel, um einen nachbarschaftlichen Austausch und Kindern das Spielen auf der Straße zu ermöglichen.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass der Verwaltung bislang kein entsprechender Antrag vorliegt.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26378-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.5. Entsorgungsmöglichkeiten für Bau-Abfälle aus privaten Sanierungen und Renovierungen 25-26153

13.5.1. Entsorgungsmöglichkeiten für Bau-Abfälle aus privaten Sanierungen und Renovierungen 25-26153-01

Auf kritische Nachfrage von Ratsherr Wirtz bestätigt Stadtbaurat Leuer die erfolgte Abstimmung der Antworten in der Stellungnahme 25-26153-01 mit der ALBA GmbH.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26153-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.6. Sachstand zur Ausarbeitung des Veloroutennetzes 25-26360

13.6.1. Sachstand zur Ausarbeitung des Veloroutennetzes 25-26360-01

Ratsfrau Kluth zeigt sich unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung. Zu ihrer Nachfrage zur Vorstellung des aktuellen Planungsstands der Veloroute Weststadt vermag die Verwaltung aktuell keine konkrete Perspektive zu nennen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26360-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.8. Behelfsmäßige Ampelanlagen am Mittelweg 25-26282

13.8.1. Behelfsmäßige Ampelanlagen am Mittelweg 25-26282-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26282-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.9. Mündliche Anfragen

13.9.1

Ratsherr Kühn weist auf eine technische Störung der im städtischen Online-Mängelmelder hinterlegten Karte hin.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, den Hinweis an die zuständige Fachverwaltung weiterzuleiten.

13.9.2

Ratsfrau Kluth bittet zum Fahrradverleihsystem VELOLEO um Auskunft, ob es außerhalb der Innenstadt bzw. in weniger dicht besiedelten Bereichen nur eine Station gibt. Außerdem möchte sie wissen, was eine Potenzialanalyse für die Außenbereiche von Braunschweig aussagt. Gibt es dort ein ausreichendes Nutzungspotenzial für zusätzliche Stationen und wie könnte die Attraktivität dort gesteigert werden?

Herr Wiegel erläutert, dass das System überwiegend stationsbasiert ist. Auch in den Außenbereichen mit geringerer Nachfrage wurden feste Stationen eingerichtet, um Präsenz im Stadtgebiet zu zeigen. Aufgrund der Erfahrungen mit E-Scootern und deren Flexzonen geht die Verwaltung mit diesem Konzept zurückhaltend um. Dennoch gibt es Außenbereiche, in denen eine Flexzone sinnvoll sein könnte. Hierzu laufen derzeit Abstimmungen basierend auf anerkannten Bedarfen und Meldungen. Eine weitere Unterrichtung der Gremien stellt Herr Wiegel in Aussicht.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:48 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -